

# Europaprogramm der Grünen

Die wesentlichen Inhalte  
(Auflistung folgt der Struktur des Programms)

## A. Energie und Umwelt

- 1) Europaweiter Ausstieg aus Kohle und Atomstrom. Anders als früher haben sich die Grünen diesmal auch Gedanken um die Menschen in den Kohleregionen gemacht. Für sie wollen sie im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) spezielle Förderungen für die „Kohleausstiegsregionen“ erreichen.
- 2) Bis 2030 sollen 45 Prozent der Energie aus Erneuerbaren kommen, 2050 sollen es 100 Prozent sein.
- 3) „CO<sub>2</sub> soll einen Preis bekommen“; CO<sub>2</sub>-Mindestpreis soll eingeführt werden, die Einnahmen aus der Steuer an die Bürger zurückfließen.
- 4) Ab 2030 sollen „möglichst nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden“. Das ist eine weichere Formulierung als bisher, z.B. im Bundestagswahlprogramm fehlte das Wort „möglichst“.
- 5) Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.
- 6) Verbot von Glyphosat.
- 7) Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten.
- 8) Eine europäische Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte.
- 9) Verbindliche Mehrwegquoten.
- 10) Ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einwegflaschen.

## B. Währung und Steuern

- 1) Die EU soll eigene Steuern erheben dürfen, „wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die Mitgliedstaaten“. (Bsp. Besteuerung digitaler Konzerne, oder den spekulativen Handel von Finanzprodukten)
- 2) Ein eigener Haushalt für die Euro-Zone als Zwischenschritt in Richtung eines stärker EU-eigenfinanzierten EU-Haushalts.
- 3) Einführung eines EurozonePlus-Budgets zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben; daran sollen sich auch Nicht-Euro-Länder beteiligen können.
- 4) Einführung eines europäischen Währungsfonds und Einführung eines Altschuldentilgungsfonds.
- 5) Einführung einer gemeinsamen europäischen Unternehmensmindestbesteuerung; im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen.
- 6) „Zerschlagung des Facebook-Imperiums“-
- 7) Europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen soll geprüft werden („Lohnhebel“).
- 8) Mittelfristig Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung.
- 9) Einführung einer Mindestlohn-Richtlinie, die entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert.
- 10) Europaweite Legalisierung von Cannabis.

## C. Rechtstaatlichkeit und Demokratie

- 1) Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze.
- 2) Systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-Mitgliedstaaten.
- 3) Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten.
- 4) „mittelfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen. Wir wollen diskutieren, ob diese aus den Regierungen der Mitgliedstaaten oder den Regionen zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.“
- 5) „Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen.“
- 6) „Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei Europäischen Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.“
- 7) „Für die Zukunft wollen wir ein europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen, demokratischen Mindeststandards für Listenaufstellungen, Mindestquotierungen sowie Transparenzregelnd für die Parteienfinanzierung.“
- 8) Mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

#### D. Sicherheit und Migration

- 1) „Langfristig sollte der UN-Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen angemessen repräsentiert sind - zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden - und sich zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz für die Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten.“ Das Vetorecht soll abgeschafft werden.
- 2) Der EU-Türkei-Deal soll beendet werden.
- 3) Mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen.
- 4) Etablierung einer „gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion“ und verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU.
- 5) Ablehnung des 2-Prozent-Ziels der Nato.
- 6) WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe und Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.
- 7) Schaffung eines gemeinsamen europäischen Einwanderungsrechts für legale (Arbeits-) Migration.
- 8) „Ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige Aufrüstung von Frontex.“
- 9) „abgesperrte Massenlager in der EU. Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ebenso ab, wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt werden.“
- 10) Die Einstufung von Staaten zu sicheren Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer Sicht das falsche Instrument.“
- 11) Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn dieses nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können bleiben.“
- 12) „Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab.“
- 13) Menschen, die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines sogenannten Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hierbleiben können.

## E. Sonstiges

- 1) Ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.
- 2) Europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien.
- 3) Ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft.
- 4) Ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in den Blick nimmt.
- 5) Eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.
- 6) Gründung europäischer Universitäten.
- 7) Ausbau des Erasmus-Programms für Schüler, Auszubildende und Studierende.
- 8)

### **FAZIT**

„Keine Aussagen zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes, zu künftigen Erweiterungsfragen, z.B. zur Türkei, zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungspolitik, zu Bürokratieabbau, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Rolle der EU-Institutionen sowie zur Rolle Europas in der globalisierten Welt.“ (Werner Langen)